

18. Wahlperiode

**Volksinitiative gemäß Artikel 61
Abs. 1 der Verfassung von Berlin**

„Klimanotstand Berlin“

Antrag der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ an das Berliner Abgeordnetenhaus

Unsere Forderungen

- 1.) Wir fordern, dass Berlin den Klimanotstand ausruft.
- 2.) Wir fordern, dass Berlin seine Planung anpasst, auf Grundlage des Pariser Übereinkommens (<1,5°C) und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- 3.) Wir fordern, dass Berlin sofort handelt, um den Treibhausgas-Ausstoß drastisch zu reduzieren.
- 4.) Wir fordern, dass Berlin seine Partner alarmiert, zum Beispiel im Städtetag und im Bundesrat.
- 5.) Wir fordern, dass Berlin die Öffentlichkeit ständig über diese Punkte informiert.

Begründung

Diese Forderungen richten sich direkt an die Berliner Abgeordneten und das Abgeordnetenhaus sowie als Appell an alle Menschen in Berlin. Seit über einem halben Jahr streiken die Schüler*innen von Fridays for Future. Jede Woche rufen sie im Invalidenpark: "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut!" Diese Rufe sind ernst und wörtlich zu nehmen. Die bevorstehende Klimakatastrophe ist existenzbedrohend. Über 25.000 Wissenschaftler*innen von Scientists for Future bestätigen diese Aussage. Im Juni 2019 sprach auch UN-Klimachefin Patricia Espinosa klare Worte: "Wir befinden uns im Klimanotstand und wir kämpfen um unser Leben."

zu 1.) Berlin muss den Klimanotstand ausrufen und dadurch anerkennen, dass wir uns in einer dramatischen Situation befinden und dass die bisherigen Planungen und Maßnahmen nicht ausreichen. Die Vermeidung der Klimakatastrophe muss höchste, nicht aufschiebbare Priorität erhalten.

zu 2.) Berlin muss seine Treibhausgas-Emissionen bis spätestens 2030 auf Nettonull senken, um die Pariser Klimaschutzziele umzusetzen und die Erderhitzung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.* Zwar ist in der gültigen rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung der Klimaschutz als "zentrales Vorhaben" verankert und die "ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens" festgeschrieben. Aber die aktuelle Planung in Berlin sieht lediglich eine Emissionsreduzierung um 95% bis 2050 vor. Also zwanzig Jahre zu spät. (*1,5°C: Was Deutschland tun muss, NewClimate Institute, 14. März 2019)

Was bedeutet die Nettonull 2030? Mit dem Verfeuern von Gas, Kohle und Öl muss Schluss sein. In zehn Jahren. Für die wichtigsten Sektoren ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: Keine Strom- und Wärmeversorgung aus fossilen Brennstoffen wie Gas und Kohle, sowie keine Transportmittel mit Benzin-, Diesel- und Kerosinantrieb. Für die Umsetzung sind umgehend Studien in Auftrag zu geben. Bei der weiteren Planung dürfen nur sichere und bereits einsatzfähige Technologien beachtet werden. Das Berliner Energiewendegesetz und das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) sind entsprechend anzupassen.

zu 3.) Berlin muss seine Treibhausgas-Emissionen sofort und drastisch reduzieren. Beispielsweise durch Entscheidungen für ein stadtweites Tempo 30, fleischfreie Kantinen und Mensen, Verteuerung der Start- und Landegebühren für Flugzeuge. Hier sind alle Ausschüsse im Abgeordnetenhaus gefragt, sich mit Ideen einzubringen. Bürgerinnen und Bürger sind bei der Suche nach Reduktionsansätzen zügig und fortlaufend zu beteiligen. Die Wissenschaft ist anzuhören, etwa über eine Enquete-Kommission "Nettonull 2030".

zu 4.) Berlin verfügt über ein weites Netzwerk, das genutzt werden muss. Im Städtetag und Bundesrat sind Anträge für schnellen Klimaschutz einzubringen. Der Austausch und die Zusammenarbeit in der Metropolregion Berlin-Brandenburg sind zu verstärken. Weitere Städte sind zu alarmieren, nämlich über C40, Global Compact, Klima-Bündnis, Metropolis, und UCUE.

zu 5.) Berlin muss seine Bürgerinnen und Bürger ehrlich und umfassend über die aktuelle Situation informieren. Dafür ist ein Portal zu schaffen, das transparent und übersichtlich alle wichtigen Daten zum Klima enthält sowie die weitere Planung und deren Umsetzung erklärt und überwacht. Mindestens quartalsweise sind ausführliche Berichte sowie jährlich CO2-Bilanzen für das jeweilige Vorjahr zu erstellen und zu veröffentlichen.

Berlin, den 20. August 2019

Marko Dörre
Träger der Volksinitiative

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Herrn
Marko Dörre
[REDACTED]
10117 Berlin

Vorab per E-Mail: marko@klimanotstand.berlin

Berlin, den 11. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“

Sehr geehrter Herr Dörre,

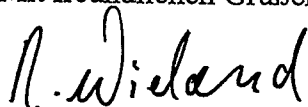
kürzlich informierte mich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass für die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ 36.458 gültige Unterstützungsunterschriften abgegeben wurden. Damit wurde das nach Art. 61 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin erforderliche Quorum erreicht. Das Ergebnis der Zählung der Unterstützungsunterschriften lautet:

insgesamt geprüfte Stimmen: 43.364
davon gültige Stimmen: 36.458
davon ungültige Stimmen: 6.906

In Ihrer Funktion als Träger der o. g. Volksinitiative teile ich Ihnen hiermit die Zulässigkeit Ihres Antrags auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ mit.

Ich möchte darauf hinweisen, dass nach rechtlicher Prüfung hier im Haus Frau Luisa-Marie Neubauer mangels eines alleinigen oder ersten Wohnsitzes in Berlin nicht als Vertrauensperson tätig werden darf. Ungeachtet dessen wird sie zu einer Anhörung zusammen mit den Vertrauenspersonen der o. g. Volksinitiative eingeladen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preussischer Landtag)
Telefon (050) 2525 1000 Telefax (050) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Herrn
Moritz Ellenberg
[REDACTED]
12047 Berlin

Berlin, den 1. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“

Sehr geehrter Herr Ellenberg,

kürzlich informierte mich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass für die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ 36.458 gültige Unterstützungsunterschriften abgegeben wurden. Damit wurde das nach Art. 61 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin erforderliche Quorum erreicht. Das Ergebnis der Zählung der Unterstützungsunterschriften lautet:

insgesamt geprüfte Stimmen: 43.364
davon gültige Stimmen: 36.458
davon ungültige Stimmen: 6.906

Gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 des Abstimmungsgesetzes teile ich Ihnen in Ihrer Funktion als Vertrauensperson hiermit die Zulässigkeit Ihres Antrags auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ mit.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)
Telefon (030) 2525 1000 Telefax (030) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Frau
Milena Glimbovski
[REDACTED]
10965 Berlin

Berlin, den 1. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“

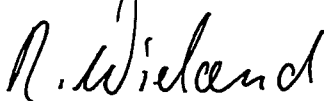
Sehr geehrte Frau Glimbovski,

kürzlich informierte mich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass für die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ 36.458 gültige Unterstützungsunterschriften abgegeben wurden. Damit wurde das nach Art. 61 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin erforderliche Quorum erreicht. Das Ergebnis der Zählung der Unterstützungsunterschriften lautet:

insgesamt geprüfte Stimmen: 43.364
davon gültige Stimmen: 36.458
davon ungültige Stimmen: 6.906

Gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 des Abstimmungsgesetzes teile ich Ihnen in Ihrer Funktion als Vertrauensperson hiermit die Zulässigkeit Ihres Antrags auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ mit.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)
Telefon (030) 2525 1000 Telefax (030) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Frau
Luisa-Marie Neubauer
[REDACTED]
37073 Göttingen

Berlin, den 1. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ / Anhörung im Fachausschuss

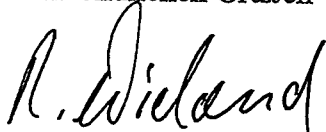
Sehr geehrte Frau Neubauer,

am 20. August 2019 wurde mir der Antrag auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ übergeben. Dieser Antrag ist zulässig.

In diesem Antrag wurden Sie als Vertrauensperson benannt. Eine rechtliche Prüfung hier im Haus hat ergeben, dass eine Vertrauensperson nach Art. 61 Abs. 1 der Verfassung von Berlin ihren alleinigen oder ersten Wohnsitz in Berlin haben muss. Dies trifft auf Sie nicht zu. Insofern können Sie nicht als Vertrauensperson für die o. g. Volksinitiative tätig werden.

Ungeachtet dessen werden Sie zu einer Anhörung zusammen mit den Vertrauenspersonen der o. g. Volksinitiative eingeladen werden. Hierüber werden Sie gesondert informiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)
Telefon (030) 2525 1000 Telefax (030) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Frau
Luisa von Neumann-Cosel
[REDACTED]
10115 Berlin

Berlin, den 1. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“

Sehr geehrte Frau von Neumann-Cosel,

kürzlich informierte mich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass für die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ 36.458 gültige Unterstützungsunterschriften abgegeben wurden. Damit wurde das nach Art. 61 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin erforderliche Quorum erreicht. Das Ergebnis der Zählung der Unterstützungsunterschriften lautet:

insgesamt geprüfte Stimmen: 43.364
davon gültige Stimmen: 36.458
davon ungültige Stimmen: 6.906

Gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 des Abstimmungsgesetzes teile ich Ihnen in Ihrer Funktion als Vertrauensperson hiermit die Zulässigkeit Ihres Antrags auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ mit.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)
Telefon (030) 2525 1000 Telefax (030) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de

Abgeordnetenhaus BERLIN

Ralf Wieland

Präsident
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Frau
Jana Isabella Söller
[REDACTED]
13357 Berlin

Berlin, den 1. Oktober 2019

Zulässigkeit der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“

Sehr geehrte Frau Söller,

kürzlich informierte mich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass für die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ 36.458 gültige Unterstützungsunterschriften abgegeben wurden. Damit wurde das nach Art. 61 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin erforderliche Quorum erreicht. Das Ergebnis der Zählung der Unterstützungsunterschriften lautet:

insgesamt geprüfte Stimmen: 43.364
davon gültige Stimmen: 36.458
davon ungültige Stimmen: 6.906

Gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 des Abstimmungsgesetzes teile ich Ihnen in Ihrer Funktion als Vertrauensperson hiermit die Zulässigkeit Ihres Antrags auf Behandlung der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ mit.

Mit freundlichen Grüßen



Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin - Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)
Telefon (030) 2525 1000 Telefax (030) 2525 1008
E-Mail: praesident@parlament-berlin.de